

# Initiative „Sicheres Kaiserslautern“

## Kaiserslautern belebt kriminalpräventive Arbeit neu

**Seit dem 7. März 2008 gibt es in Kaiserslautern wieder ein aktives kriminalpräventives Gremium. Es trägt den Namen Initiative „Sicheres Kaiserslautern“ (SiKa).**

Die Neugründung, die an Bemühungen und Aktivitäten in früheren Jahren anknüpft, trägt der Erkenntnis Rechnung, dass gerade für ein Oberzentrum wie Kaiserslautern mit seinen spezifischen Problemen und Bedürfnissen die nachhaltige Arbeit eines kriminalpräventiven Gremiums unverzichtbar ist.

Den Vorsitz in der Initiative führen gemeinsam die für den Bereich Recht und Ordnung zuständige Dezernentin der Stadt Kaiserslautern, Bürgermeisterin Dr. Susanne Wimmer-Leonhardt, und der Leiter des Polizeipräsidiums Westpfalz, Polizeipräsident Wolfgang Erfurt. Den Vorsitzenden obliegen die Leitung des kriminalpräventiven Gremiums, dessen strategische Ausrichtung, die Repräsentation nach außen und innen sowie die Leitung der öffentlichen Sitzungen, bei denen die Initiative ihre Arbeit nach außen darstellt.

Unterhalb des Vorsitizes ist ein Lenkungskreis installiert. Ihm obliegt – in Abstimmung mit dem Vorsitz – die Themen- und Projektauswahl, die Initiierung von Projekten, die Festlegung von Prioritäten, die Festlegung der Finanzausstattung und des Finanzrahmens geplanter Maßnahmen sowie die Vorbereitung der öffentlichen Sitzungen. Geleitet wird der Lenkungskreis durch den Leiter des Referates Recht und Ordnung bei der Stadtverwaltung Kaiserslautern. Stellvertreter ist der Leiter der Polizeidirektion Kaiserslautern. Weiterhin gehören dem Lenkungskreis Vertreter der Staatsanwaltschaft, des Referates Jugend und Sport, des Referates Soziales, ein Vertreter der Wohlfahrtsverbände und ein Vertreter der Kirchen an. Daneben können anlassbezogen Vertreter sonstiger Institutionen und Organisationen in beratender Funktion hinzugezogen werden.

Die eigentliche Arbeitsebene der Initiative wird durch Arbeitskreise, Workshops und Projekte gebildet. In ihnen soll eine themenbezogene Auswahl von Vertretern aus Behörden, Institutionen, Organisationen und Privatpersonen tätig werden. Den Ratsfraktionen ist anheim

gestellt, ebenfalls Vertreter zu entsenden. Hiervon ist für den bereits eingerichteten Arbeitskreis „Sicherheit in öffentlichen Räumen“ von den Fraktionen weitgehend Gebrauch gemacht worden. Diese Öffnung hat sich bislang durchaus bewährt.

Den Arbeitskreisen werden konkrete Arbeitsaufträge durch den Lenkungskreis erteilt, der auch die Abwicklung überwacht. Als Einstieg in die Tätigkeit der Initiative wurde ein Arbeitskreis „Sicherheit in öffentlichen Räumen“ mit folgendem Auftrag eingerichtet:

- Erheben und analysieren relevanter Daten für die Sicherheit in der Stadt Kaiserslautern, die insbesondere bei allen Stellen der Stadtverwaltung und des Polizeipräsidiums Westpfalz vorliegen
- Gewinnung weiterer Erkenntnisse und Daten, die für Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in Kaiserslautern relevant sein können. Hierzu sind insbesondere Workshops mit den im Arbeitskreis vertretenen Stellen durchzuführen.
- Auf der Basis der Daten und Erkenntnisse Erarbeitung eines Maßnahmenkonzeptes, das kurz- und mittelfristig realisiert werden kann. Das Maßnahmenkonzept soll neben den Vorschlägen zur unmittelbaren Verbesserung der Sicherheit in der Stadt Kaiserslautern auch Möglichkeiten zur Information der Bevölkerung über die geplanten Aktivitäten und Initiativen enthalten.

### Arbeits- und funktionsfähiges Gremium

Dem Arbeitskreis gehören Vertreter des Ordnungsreferates und der Polizei, die den Vorsitz führen, der Referate Soziales und Jugend, der Kirchen, des Arbeits- und Sozialpädagogischen Zentrums Kaiserslautern, der Ratsfraktionen, der Verbindungsstelle der amerikanischen Streitkräfte in Kaiserslautern, Release (Drogenberatung und -hilfe) sowie der Behindertenbeauftragten der Stadt Kaiserslautern an. Das Gremium hat sich als arbeits- und funktionsfähig erwiesen und trifft sich regelmäßig. Erste Zwischenergebnisse konnten bereits dem Lenkungskreis präsentiert werden.

Zwischenzeitlich hat der Lenkungskreis einen weiteren Arbeitskreis mit dem

Arbeitstitel „Sicherheit für Schwächere“ eingerichtet. Er soll den besonderen Sicherheitsinteressen von Menschen mit einem Handycap, Senioren, Frauen, Kindern sowie ausländischen Mitbürgern Rechnung tragen. Anlass für die Einrichtung dieses Arbeitskreises war die zunehmende Kriminalitätsangst und Verunsicherung von Betroffenen, aber auch die überwiegend verborgene Gewalt im familiären Nahbereich und in Institutionen. Der Arbeitskreis wird durch den Behindertenbeauftragten bei der Stadtverwaltung geleitet. Er hat den Auftrag, die maßgeblichen Daten zu erheben und auf deren Basis ein Maßnahmenkonzept zu entwickeln, in dem Perspektiven zur Gewaltreduzierung bzw. Gewaltvermeidung formuliert werden. Bis zum Jahresende soll dem Lenkungskreis ein erstes Zwischenergebnis vorgelegt werden.

Als besonders erfreulich zu werten ist es, dass es der Initiative „Sicheres Kaiserslautern“ gelungen ist, die bereits seit Jahren bestehende Kinderunfallkommission als Kooperationspartner zu gewinnen. Die Kinderunfallkommission ist ein schon seit längerer Zeit erfolgreich arbeitendes Gremium, in dem neben der Polizei und der Verkehrsbehörde eine Vielzahl weiterer Institutionen vertreten ist. Die maßgeblichen Ziele der Kommission sind die Reduzierung der Verkehrsunfälle mit Kinderbeteiligung, eine Verbesserung der Verkehrsmoral in Kaiserslautern sowie die Beseitigung von Unfall begünstigender Faktoren in der Stadt.

Der Internetauftritt der Kinderunfallkommission ist unter [www.kuk-kl.de](http://www.kuk-kl.de) erreichbar. Die Integrierung entspricht dem breit angelegten Sicherheitsverständnis, wie es bereits in der Bezeichnung in der Initiative zum Ausdruck kommt.

Als sehr hilfreich hat sich in der Anlaufphase die Unterstützung durch die Leitstelle „Kriminalprävention“ beim Ministerium des Innern und für Sport erwiesen.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang insbesondere auch die Teilnahme von Helmut Liesenfeld an einer Sitzung des Lenkungskreises, bei der umfangreiche Informationen über die vielfältigen Präventionstätigkeiten auf Landesebene vermittelt werden konnten. ■